

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.40 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 Mk., für 1 Monat 1.50 Mk. (Westgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.) — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.50 Mk. Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Langhauer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13003.

Anzerate kosten die 7spaltige Petitzeile oder deren Raum 85 Pfg., bei Plagvorschritt 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Anzerate 20% Teuerungszuschlag. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Anzeraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Langhauer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Anzeraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Staatsfremdgelüste der Bourgeoisie. Die Kapitalisten suchen Hilfe bei der Entente.

Sitzung des Volkzugsrats in Berlin.

Berlin, 10. Dezember. Der Volkzugsrat trat heute nachmittags 4 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Zu Beginn teilte der Vorsitzende mit, daß in den Strafanstalten noch eine große Anzahl Personen sitzen, die sich sog. militärischer Vergehen schuldig gemacht haben. In der Strafanstalt Naugard in Pommern befinden sich zum Beispiel noch 78 solcher Gefangenen. Reichlossen wird, im Einvernehmen mit dem Rat der Volksgewaltigen für die sofortige Freisetzung der Angehörigen zu sorgen.
Ferner wird beschlossen, einen Arbeitervertreter des Industriegebietes als Stimmberediger in den Volkzugsrat aufzunehmen. Zwei Anträge, welche die Freisetzung einiger führender Persönlichkeiten des alten Systems im Auswärtigen Amt und in der Reichskanzlei fordern, werden dem Reichsausschuß überwiesen.
Zu der schon mehrfach angetragten Sicherheitsmaßnahme, den in Berlin anwesenden und einziehenden Truppen die Munition abzunehmen, liegt ein neuer Antrag vor. In der Debatte kommt allgemein die Meinung zum Ausdruck, peinlichste Sorgfalt zu üben, daß Munition nicht in die Hände von militärischen Personen übergeht. Diese Munition schließlich für Kaschierzwecke beansprucht wird, so steht damit die ungesicherte Munitionsmenge in Widerspruch; manche Formulierungen haben pro Munitionsmenge 80 000 Schuss mitgebracht. Das rüst Preussens hervor. Der Antrag wird angenommen und der Regierung zu beschleunigter Erforschung überwiesen.
Die Zurückhaltung der russischen Sozialrevolutionäre zu den Delegiertenkongressen der deutschen K. u. S. Parte durch die S. M. A. an der Ostfront ist der Volksgewaltigen zu erneuter Stellungnahme, die mit dem Reichsausschuß endet, daß die ergangene Einladung nicht mehr aufrecht erhalten wird.
Schluß 8 Uhr

Fractionsbildung im Berliner Soldatenrat.

In Berlin wird solcher Ruf zur Bildung einer Arbeiternegierung herauf auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei herrschen. Die Berliner Soldatenräte verhalten sich: Nach dem die Arbeiter, die auf dem Boden der Unabhängigen Partei stehen, sich zu einer Gemeinschaft zusammenschließen haben, sind wir ebenfalls neutral, und zu verhalten.
In diesem Zweck werden die Arbeiter, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei stehen, zu einer gemeinsamen Arbeiterbewegung am Mittwoch, dem 11. d. M., im Reichstag, Zimmer 1, Europa-Palast 5, zwischen 1 Uhr, einladen.
Durch Zusammenkunft soll ein einheitliches Programm der Arbeiter erreicht werden und ein weiteres Bestreben sowie ein gegenseitiges Bekämpfen der beiden Tendenzen vermieden werden.

Ein Staatsstreichversuch.

Die Bourgeoisie sucht Hilfe bei der Entente.

Der Oberbürgermeister von Köln, Herr Adenauer, hat an den Präsidenten des gewesenen Reichstags folgendes Telegramm geschickt:
„Namens der Stadt Köln, die auf äußerste gefährdeten Situationen steht, bitte ich um die Unterstützung der Reichsregierung zur Bekämpfung der Revolution nach dem von a. d. Rhein oder nach Koblenz sofort einberufen. Eine zu frühzeitige Entscheidung würde die Revolution heraufbeschwören. Ein nationaler Notstand ist nur auf diesem Wege zu erreichen. Ich bitte um sofortige Entscheidung.“
Zunächst muß festgestellt werden, daß Herr Adenauer als Vertrauensmann des Reichstags das Oberbürgermeisteramt der Stadt Köln bekleidet, er hat nicht das Recht, im Namen der rheinischen Hauptstadt zu sprechen, er führt das Wort lediglich für seine Liberalen und kapitalistischen Kreise, die offen die Lösung des Rheinland-Westfalens vom Reich und verlegt die Angliederung dieser Provinzen an Frankreich betreiben.
Es war unvorsichtig von Herrn Adenauer, den Tagungsort des zu Grunde gegangenen Reichstags schon jetzt vorzuschlagen. Die Bourgeoisie will sich unter den Schutz der Bajonette der Entente begeben, der Reichstag soll im besetzten Gebiet tagen, er soll der Entente den Vorwand und die Lösung zum Einmarsch in Deutschland und zur Niederschlagung der Revolution geben!
Der Vorschlag, den Reichstag in das von den Ententetruppen besetzte Gebiet einzuberufen, bedeutet also nichts weiter als den Versuch eines Staatsstreichs, er bedeutet die Konturrevolution in ihrer offensten und brutalsten Form. Die liberal-kapitalistische Bourgeoisie, die patriotischen Kriegshelden von gestern, sie suchen Hilfe beim Feinde zum Schutze vor der proletarischen Revolution!
Zur Unterstützung dieser Aktion ist am Montag der Oberbürgermeister von Koblenz im hiesigen Arbeiterrat — der nach der Zusammenkunft der Bevölkerung aus gefälligen liberalen Ele-

menten bestehen dürfte — erschienen und hat mitgeteilt, daß die Entente, wie er bestimmt gehört habe, Absichten auf die Rheinlande habe. Der Chefredakteur Mehrmann, einer der wütendsten Anexionisten und Abenteurer, begrüßte diese Mitteilung. Im Anschluß daran forderte der Oberbürgermeister gleichfalls die Einberufung des Reichstags nach dem besetzten Gebiet.
Anschließend ist Herr Erzberger — immer noch Herr Erzberger! — nach Trier gefahren, wo am Donnerstag die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes beginnen. Von ihm scheinen die Mitteilungen in der reaktionären Presse herzufließen, wonach die Entente die gegenwärtige Regierung nicht als verhandlungsfähigen Kontrahenten ansehen könne. Es werde nichts anderes übrig bleiben, als den Reichstag wieder einzuberufen und sich von ihm ein Mandat für die Friedensverhandlungen geben zu lassen.
Stimmungsmache überall! Auf neue Stellen wieder die Schlammschlachten der Rüge und des Betrugs über das Land, um den Boden vorzubereiten, auf dem die Bäume der Konturrevolution erwachsen sollen. Der Geldschrank der patriotischen Bourgeoisie wird von der Revolution bedroht; der „Feind“, der Imperialismus der Entente soll jetzt Hilfe bringen.
Gegenüber dem Verrat der Bourgeoisie muß das Proletariat doppelt und dreifach auf der Wacht sein. Auf alle Partei- und Staatsstreichversuche der bestehenden Massen gibt es nur die eine Antwort: Nun erst recht muß mit der Sozialisierung der Produktion begonnen werden, vor den Geldschranken der Bourgeoisie darf die proletarische Revolution nicht stillhalten!

Die Tagesordnung der Delegiertenversammlung.

Berlin, 9. Dezember. (Amtlich.) Den Arbeiter- und Soldatenräten der Republik schlagen wir als vorläufige Tagesordnung der Delegiertenversammlung vom 10. Dezember folgende vor:
1. Bericht des Volkzugsrats.
Berichterstatter: Richard Müller, ex.
Bericht der Volksbeauftragten.
Berichterstatter wird noch bestellt.
2. Nationalversammlung oder Rätekongress.
Referent: Cohen.
Korreferent: Baumig.
3. Sozialisierung des Wirtschaftslebens.
Referent: Hiltberg.
Korreferent: Wird noch bestellt.
4. Die Friedenspolitik und deren Einfluß auf den Aufbau der deutschen sozialistischen Republik.
Referent: Ledebour.
5. Wahl des Volkzugsrats der Republik.
Anträge zu dieser Tagesordnung sind möglichst umgehend dem Sekretariat des Volkzugsrats, Abgeordnetenhaus, mitzuteilen, ebenso die Namen der Delegierten.
Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß je 50 000 Kronen Soldaten — nicht 100 000 — das Recht haben, einen Vertreter zu wählen, ferner, daß die Schutztruppe gesondert einen Vertreter entsenden darf.
Der Volkzugsrat des Arbeiter- u. Soldatenrats Groß-Berlin.
Rich. Müller, Vorkämpfer.

Die preussische Regierung und die Gebietslosrenten.

Berlin, 11. Dezember. Die preussische Regierung veröffentlicht folgende Bekanntmachung:
Die in verschiedenen Gegenden des preussischen Staates gemachten Versuche, Teile von Preussens Landstrichen oder in Preussens eigenmächtige wirtschaftliche Beschlüsse auszuüben, geben und Veranlassung, darauf hinzuwirken, daß solche Beschlüsse, das Gemeinwohl gefährden und deshalb mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden müssen. Dies gilt insbesondere auch für diejenigen Landstriche Preussens, über deren staatliche Zugehörigkeit erst durch den Friedensvertrag Bestimmung getroffen werden wird. Im übrigen wird über die künftige staatsrechtliche Bestimmung Preussens durch die Nationalversammlung entschieden werden. Dementsprechend preussische Behörden werden angewiesen, sich nach dieser Vorbestimmung zu richten und allen den zuwiderlaufenden Uebertretungen unverzüglich entgegenzuwirken. Auch erwarten wir in jedem einzelnen Fall sofortige telegraphische Anzeige.
Berlin, 10. Dezember 1918.
Die preussische Regierung.
gez. Kirch, Braun, Eugen, Ernst, Adolf Hofmann, Rosenfeld.

Der Fall Schiffer.

Die Rede, die der Staatssekretär des Reichsfinanzamts, Herr Schiffer — auf Einladung des deutschen Industrie- und Handels-tags! — am Montag zu Berlin gehalten hat, ist eine Ueberraschung oder keine — je wie man nimmt. Eine Ueberraschung, wenn man sie aufschaut als die Rede des Finanzministers einer sozialistischen Republik. Denn das Programm, das er entwirft, entbehrt jedes Hauchs sozialistischen Gedankens, ist geradezu ausgesprochen antisozialistisch. Keine Ueberraschung dagegen, wenn man sie betrachtet als die Aeußerung des nationalliberalen Parlamentariers Schiffer. Denn von diesem Herrn war nichts anderes als der Vorschlag eines Steuerbuchs, wie er es jetzt vorgetragen hat, zu erwarten.
Woraus sich ergibt, daß die Vereinigung von nationalliberalen Politikern und sozialistischen Finanzminister ein Un Ding ist. Wenigstens soweit es die Ausarbeitung von Finanzprogrammen anlangt. Als Verwaltungspolitiker mag Herr Schiffer zur Zeit noch nicht zu einschätzen sein. Aber die politische Führung — und die Aufstellung eines Steuerprogramms ist keine bloße Finanzangelegenheit, sondern eine ausgesprochene politische Aktion — darf den bürgerlichen Fachministern nicht überlassen werden, sie muß vielmehr allein bei den Sozialisten der Regierung liegen.
Herr Schiffer hat seine „Liste der Steuermöglichkeiten“ als Privatmann entwickelt. Es ist nicht das Regierungsprogramm, was er vorgetragen hat. Er hat es auch nicht dafür ausgegeben. Aber er hat andererseits auch nicht ausdrücklich betont, daß er nur für sich selbst gesprochen hat. Und da er eben der Vetter des Reichsfinanzamts ist, so wird in der Öffentlichkeit sich doch der Eindruck festsetzen, daß er die Absichten des Reichsfinanzamts der sozialistischen Regierung wiedergegeben habe.
Diesen Eindruck zu verwischen, hat die Regierung allen Anlaß. Es geht nicht an, daß sie die Öffentlichkeit glauben läßt, die Vera des Sozialismus beginne in Deutschland mit der Aufstellung eines Steuerprogramms, das sich nur dem Grade, aber absolut nicht dem Wesen nach von den Steuerbüchern unterscheidet, die in früheren Jahren von bürgerlichen Regierungen, von Vertretern des Kapitalismus entwickelt wurden. Es geht nicht an, daß auch nur irrtümlich das sozialistische Regime mit der Vorstellung eines Steuerprogramms verbunden werde, das aus der im Deutschland des letzten Jahreschritts so beliebten Vermischung von direkten und indirekten Steuern besteht.
Das Proletariat Deutschlands muß wissen, daß die sozialistische Regierung nicht daran denkt, ihm die notwendigen Lebensbedürfnisse durch indirekte Auflagen zu verweigern, daß sie ihm nicht mit einer neuen Verteuerung eines so wichtigen Nahrungsmittels wie des Brotes kommen wird.
Die sozialistische Regierung muß erklären, daß sie an die Stelle des bürgerlichen Wirtschaftsprogramms Schiffers ein sozialistisches Programm setzen wird, das vor allem die schmerzhafteste Anagnose einer starken Verschärfung der Besteuerung bringt.
Das ist das Wort der Stunde und nicht das Vorwarten bis zur Nationalversammlung, wie Herr Schiffer will. Er handelt damit freilich durchaus im Sinne der Kapitalisten, die immer noch hoffen, daß die Zeit eine Verschiebung der politischen Machtverhältnisse zu ihren Gunsten bringen werde. Aber wenn die Finanzlage Deutschlands so schlimm ist, wie Herr Schiffer sie schwarz gemalt hat — in wohlberechneter Absicht, um die Revolution als die Schuldige an dem Zusammenbruch erscheinen zu lassen — so sind schnelle und tiefe Eingriffe in die Geldschranke der Kapitalisten eine zwingende Notwendigkeit, und die Nationalversammlung wird der Regierung, die sie vornimmt, um zu retten, was zu retten ist, dankbar sein und ihr gern die nachträgliche Zustimmung aussprechen.
Zusätzlich aber ist dieser Teil der Schiffer'schen Rede ein Beweis dafür, wie notwendig die schnelle Anagnose der Sozialisierung ist. Steuern allein können die fränke Wirtschaft des Reichs nicht wieder auf die Beine bringen. Nur muß mit härteren Mitteln aufgeholfen werden — die Produktion muß gehoben, ihre Ertragsfähigkeit muß gesteigert und ihr Ertrag soweit wie möglich der Gesamtheit zugewandt werden. Das bewirkt die Sozialisierung, die sich freilich unter den heutigen besonders schwierigen Verhältnissen vorerst nur auf eine beschränkte Anzahl von Industrien ausdehnen kann, die die technische Reife dafür haben und ferner über einfache durchführbare